

## Antrag

der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Ernst Schwanhold, Doris Odendahl, Rudolf Dreßler, Anke Fuchs (Köln), Gerd Andres, Doris Barnett, Ingrid Becker-Inglau, Hans Berger, Tilo Braune, Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Wolf-Michael Catenhusen, Peter Dreßen, Peter Enders, Annette Faße, Lothar Fischer (Homburg), Konrad Gilges, Dr. Peter Glotz, Günter Graf (Friesoythe), Angelika Graf (Rosenheim), Karl-Hermann Haack (Extertal), Rolf Hempelmann, Stephan Hilsberg, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Lothar Ibrügger, Renate Jäger, Jann-Peter Janssen, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Hans-Peter Kemper, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Erika Lotz, Dieter Maaß (Herne), Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Herbert Meißner, Siegmur Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Günter Oesinghaus, Leyla Onur, Adolf Ostertag, Hermann Rappe (Hildesheim), Renate Rennebach, Otto Reschke, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gerhard Rübenkönig, Dieter Schanz, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ursula Schmidt (Aachen), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Regina Schmidt-Zadel, Heinz Schmitt (Berg), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Franz Thönnies, Hans-Eberhard Urbaniak, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Lydia Westrich, Verena Wohlleben, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

## Bündnis für Arbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt nachhaltig die Initiative der IG Metall für ein Bündnis für Arbeit. Die Tarifvertragsparteien haben hierzu bereits erhebliche Vorleistungen gebracht mit Tarifverträgen zur Beschäftigungssicherung und weitgehenden Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung. Weitere Angebote für eine zurückhaltende Lohnpolitik, die die Neueinstellung auch von Langzeitarbeitslosen begünstigt, liegen auf dem Tisch.

Viele Unternehmen haben durchgreifende Bemühungen in Gang gebracht, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dabei überwiegen noch die Anstrengungen, Kosten zu senken, während die Suche nach neuen Produkten, die bessere Einstellung auf potentielle Kunden und die bessere Präsenz auf neuen wie alten Märkten langsamer in Gang kommen. Die Politik muß diesen Innovationsprozeß unterstützen und beschleunigen.

Weder das gegenwärtige wirtschaftliche Wachstum noch die mittelfristigen Wachstumsaussichten bewirken automatisch eine Verringerung der Massenarbeitslosigkeit. Nach übereinstimmender Auffassung der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen sowie der Bundesregierung ist jedoch der Abbau der Arbeitslosigkeit Ziel Nummer 1 der Politik.

Die Tarifvertragsparteien können die Probleme nicht alleine lösen. Sie sollen sich darauf verlassen können, daß die Regierung und der Gesetzgeber die zur Unterstützung einer aktiven Beschäftigungspolitik erforderlichen Maßnahmen durchführt, um die Schaffung von zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu erreichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ein Maßnahmenbündel zur Wiedergewinnung eines beschäftigungswirksamen und ökologisch verträglichen Wirtschaftswachstums über mehr Investitionen und Innovation in Deutschland vorzulegen;
2. die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dem Bundessozialhilfegesetz nicht zu verschlechtern und die entsprechenden Gesetzentwürfe zurückzuziehen, vor allem das Asylbewerber-Leistungsgesetz mit der Streichung der originären Arbeitslosenhilfe sowie das Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz;
3. die Integration und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in das Arbeitsleben weiter zu erleichtern. Die Fördermöglichkeiten sind auszuweiten, wenn sich zeigt, daß die Unternehmen vermehrt diese Möglichkeiten nutzen. Dabei reichen Sonderprogramme nicht aus, notwendig sind vielmehr verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen, z. B. entsprechend dem SPD-Entwurf für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG);
4. einen Vorschlag zur gesetzlichen Verankerung des finanziellen Ausgleichs zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben vorzulegen. Kammerumlagen und Branchenfonds zur Sicherung der Berufsausbildung sind zu berücksichtigen;
5. Vorschläge für steuerliche Anreize für jene Betriebe zu unterbreiten, die über ihren Bedarf hinaus ausbilden;
6. Vorschläge vorzulegen, die ermöglichen, daß in den nächsten Jahren in Ostdeutschland jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Ziel ist eine Gemeinschaftsinitiative des Bundes und der neuen Länder, die mittelfristig angelegt ist und verlässlich wirkt.

Bonn, den 6. Dezember 1995

**Ottmar Schreiner**  
**Ernst Schwanhold**  
**Doris Odendahl**  
**Rudolf Dreßler**

**Anke Fuchs (Köln)**  
**Gerd Andres**  
**Doris Barnett**  
**Ingrid Becker-Inglau**

Hans Berger	Siegmar Mosdorf
Tilo Braune	Christian Müller (Zittau)
Hans Büttner (Ingolstadt)	Günter Oesinghaus
Edelgard Bulmahn	Leyla Onur
Ursula Burchardt	Adolf Ostertag
Hans Martin Bury	Hermann Rappe (Hildesheim)
Wolf-Michael Catenhusen	Renate Rennebach
Peter Dreßen	Otto Reschke
Peter Enders	Dr. Edelbert Richter
Annette Faße	Günter Rixe
Lothar Fischer (Homburg)	Gerhard Rübenkönig
Konrad Gilges	Dieter Schanz
Dr. Peter Glotz	Siegfried Scheffler
Günter Graf (Friesoythe)	Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Angelika Graf (Rosenheim)	Ursula Schmidt (Aachen)
Karl-Hermann Haack (Extertal)	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Rolf Hempelmann	Regina Schmidt-Zadel
Stephan Hilsberg	Heinz Schmitt (Berg)
Jelena Hoffmann (Chemnitz)	Dr. R. Werner Schuster
Lothar Ibrügger	Dr. Angelica Schwall-Düren
Renate Jäger	Bodo Seidenthal
Jann-Peter Janssen	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Uwe Jens	Wieland Sorge
Volker Jung (Düsseldorf)	Dr. Dietrich Sperling
Sabine Kaspereit	Jörg Tauss
Hans-Peter Kemper	Wolfgang Thierse
Walter Kolbow	Franz Thönnies
Horst Kubatschka	Hans-Eberhard Urbaniak
Erika Lotz	Wolfgang Weiermann
Dieter Maaß (Herne)	Reinhard Weis (Stendal)
Ulrike Mascher	Lydia Westrich
Heide Mattischeck	Verena Wohlleben
Markus Meckel	Dr. Peter Struck
Herbert Meißner	Rudolf Scharping und Fraktion

